



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XII/109 - 13. Mai 1957
Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 24891-33
Fernschreiber 0846890

Zur Ankündigung aus Washington	S. 1
Italiens unerwartete Regierungskrise	S. 3
Zur Staatsdebatte (II und Schluss)	S. 5
Die CDU und die Studenten	S. 8
Von der internationalen Atomfront	S.10

Zusammenbruch der Aussenpolitik Adenauers

G.M. - Die am vergangenen Wochenende vom amerikanischen Aussenministerium herausgegebene Erklärung, die USA seien unter Umständen bereit, der Bildung einer entmilitarisierten Zone in Zentraleuropa zuzustimmen, um weitere Voraussetzungen für die Entspannung zwischen Ost und West zu schaffen, ohne dass damit unbedingt politische Lösungen verbunden werden, bedeutet den völligen Zusammenbruch der bisherigen Aussenpolitik Dr. Adenauers. Die Tragweite der amerikanischen Ankündigung wird erst klar ersichtlich, wenn man sich vergegenwärtigt, dass die jetzige Bundesregierung seit Jahren jedem von der Opposition oder von anderer Seite kommenden Vorschlag zur Entwicklung einer deutschen Initiative in Richtung auf Entspannung und Wiedervereinigung mit der Begründung abgelehnt hat, die amerikanische Politik - einschliesslich NATO-Bündnis und Wiederaufrüstung der Bundesrepublik - sei "der einzig mögliche Weg" zur Wiedervereinigung und Entspannung.

Noch als der Führer der deutschen Opposition, Erich Ollenhauer, in den Vereinigten Staaten war, und dort die Idee des kollektiven Sicherheitssystems in Europa als Mittel zur Überwindung der Spaltung Deutschlands gegen die bereits zu diesem Zeitpunkt als völlig sinnlos erkannte Politik der Militärblöcke stellte, wurde er von den amtlichen und nichtamtlichen Propagandisten der Bonner CDU-Regierung als "Phantast" bezeichnet. Bonn klammerte sich so krampfhaft an die militärische Blockpolitik, dass man den Eindruck gewinnen musste, die Leute in der Koblenzer Strasse (Regierungsviertel von Bonn) könnten sich ihre Existenz

nur noch im Klima des Kalten Krieges und in der Atmosphäre des gegenseitigen Wettrüstens, möglichst noch mit Atomwaffen, im gespaltenen Europa vorstellen.

Die Ankündigung aus Washington ruft ein noch nicht sehr lange zurückliegendes Kapitel der westdeutschen Aussenpolitik ins Gedächtnis. Im Sommer 1955 hatte der damalige britische Premierminister Anthony Eden während der Genfer "Gipfelkonferenz" seinen Plan einer militärisch verdünnten Zone auf dem Verhandlungstisch gelegt. Parallel hierzu hatte Präsident Eisenhower die Idee der Luftinspektion lanciert. Beide Vorschläge sollten im Herbst des gleichen Jahres von den Aussenministern weiter diskutiert werden. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands wandte sich damals an die Bundesregierung mit dem Ersuchen, die Genfer Aussenministerkonferenz mit einem deutschen Initiativ-Plan zur Schaffung eines kollektiven Sicherheitssystems in Europa zu befruchten, um einer möglichen "Lösung" des Deutschlandproblems auf Kosten der Wiedervereinigung vorzubeugen. Kaum waren die Aussenminister in Genf zusammgetreten, da erschien Heinrich von Brentano und verkündete in Genf, die Bundesregierung erblicke keine Notwendigkeit, andere als die auf der Grundlage des NATO-Bündnisses beruhende Sicherheits- und Schutzpolitik den Grossmächten vorzuschlagen. Die Westmächte beriefen sich bei den weiteren Erörterungen in Genf unter anderem auch auf diese Erklärung der Bundesregierung, werauf sowohl Edensplan wie Luftinspektionsplan zu den Akten gelegt wurden.

Man stelle sich vor, die deutsche Bundesregierung hätte damals den Rat der Opposition befolgt und sich aktiv mit einem eigenen Vorschlag zur Wiedervereinigung Deutschlands und zur Überwindung der Spaltung Europas in die internationalen Verhandlungen eingeschaltet. Es ist kaum anzunehmen, dass es heute noch einen vernünftigen Deutschen gibt, der nach den jüngsten Erklärungen über die Ankündigung zur Kursänderung der amerikanischen Politik nicht froh wäre, wenn damals schon die Idee der Opposition in

Deutschland zum Tragen gekommen wäre.

Die Ideenlosigkeit, aber auch die politische Instinktlosigkeit der Adenauer-Regierung hat uns in Deutschland jetzt in die furchtbare Situation gebracht, mit ansehen zu müssen, dass die Grossen unter Umständen eine Entwicklung ansteuern, die vielleicht für lange Zeit den Begriff der Koexistenz auf der Grundlage der Spaltung Deutschlands und Europas zum Inhalt ihrer Politik werden lässt. Wenn man bedenkt, dass diese Regierung ausserdem noch mit dem Gedanken der atomaren Aufrüstung Westdeutschlands spielt, muss jeder Deutsche das Grausen vor soviel Unfähigkeit seiner Regierung packen.

Die politische Entwicklung in Europa ist jetzt an ihren neutralistischen Punkt gelangt. Die möglicherweise zwischen Moskau und Washington in Einvernehmen mit Paris und London zu erwartenden Vereinbarungen lassen das legitime Anliegen aller Deutschen - die Wiedervereinigung - heute dringlicher denn je erscheinen. Deshalb müssen die Regierung und das Volk des freien Teiles Deutschlands sich jetzt aufrufen und laut verkünden, welches ihr eigener Beitrag zu einer tatsächlichen Entspannung in Europa sein soll und sein kann.

Die nach der Erklärung aus Washington völlig kompromittierte Regierung Adenauer ist nach unserer Überzeugung zur Bewältigung dieser Aufgabe nicht fähig. Der einzige Dienst, den sie dem deutschen Volke noch leisten könnte, wäre ihr Rücktritt.

Was jetzt also notwendig ist, ergibt sich aus der Feststellung des Versagens der bisherigen deutschen Aussenpolitik. Noch sind die Würfel nicht gefallen. Noch sind die Punkte sichtbar, an denen der Hebel für eine neue Politik angesetzt werden könnte. Es ist aber Zeit, höchste Zeit!

Rätselraten über Saragats Gründe

P.E. Rom, Mitte Mai

Noch selten ist die italienische Öffentlichkeit von einem innerpolitischen Ereignis so völlig überrascht worden, wie dies bei der plötzlich ausgebrochenen Krise der Regierung Segni der Fall gewesen ist. Denn gerade im jetzigen Zeitpunkt hatte es den Anschein, als habe diese Regierung nach Überwindung zahlreicher gefährlicher Klippen eine ruhige Fahrt vor sich, zumindest bis zur Erreichung der sommerlichen Parlamentsferien und damit bis zur Vollerfüllung ihrer zweijährigen Amtszeit.

Noch heute besteht ein Rätselraten über die Gründe, die den Vize-ministerpräsidenten und Führer der Sozialdemokraten Giuseppe Saragat bewegen haben mögen, gleichsam über Nacht Segni die Gefolgschaft aufzukündigen. Dieser Entschluss Saragats ist umso schwerer erklärlich, als die sozialdemokratische Parteileitung erst vor knapp einem Monat den bisherigen Parteisekretär Matteotti ausschiffte, der für das Auscheiden der Sozialdemokraten aus der Regierungskoalition eingetreten war. Bereits hatte Saragat die Fortdauer der sozialdemokratischen Teilnahme an der Regierung nahezu als unerlässlich bezeichnet, und da sich seither in politischer Hinsicht so gut wie nichts geändert hat, ist nicht recht einzusehen, warum die Sozialdemokraten nun plötzlich unbedingt in die Opposition übergehen sollen.

Man wird für die unvermittelte Schwankung Saragats, die auch erhebliche Teile der italienischen Sozialdemokratie völlig überrascht hat und allseits auf scharfe Kritik stößt, wohl nur parteitaktische Motive finden können. Offenbar hat Saragat befürchtet, auf dem sozialdemokratischen Parteikongress, der für den Juni vorgesehen ist, keine ausreichende Majorität zu finden, wenn er nicht mit einem neuen politischen Konzept aufzuwarten weisse. Als solches scheint ihm eine neue Vierparteienregierung unter Einschluss der Republikaner vorzuschweben, für die er in seiner sensationellen, die Krise auslösenden Rede mehrfach mit Entschiedenheit eintrat. Ob aber der von Saragat provozierte Sturz der Regierung Segni auch wirklich zu diesem Ergebnis führen wird, ist keineswegs ausgemacht.

Alle Beurteiler der Lage sind sich darüber im Klaren, dass die Lösung der Krise alles eher als einfach sein wird und voraussichtlich lange Zeit in Anspruch nehmen wird. Das Wort hat jetzt der Staatspre-

Präsident Gronchi, dessen Prärogative es ist, den neuen Regierungschef zu ernennen. Für die Regierungsbildung dürfte nur eine von drei Kombinationen in Frage kommen. Die erste dieser drei Möglichkeiten bestünde in einer Erneuerung des seinerzeitigen "Quadripartito", der Koalition zwischen den vier "Parteien der Mitte" - Democrazia Cristiana, Liberale, Sozialdemokraten und Republikaner. Dieser "Quadripartito" hat die Basis fast sämtlicher Regierungen der letzten zehn Jahre gebildet und wurde erst vor einigen Monaten durch das Ausscheiden der Republikaner zum "Tripartito", der dem Kabinett Segni wenigstens theoretisch eine äusserst knappe Parlamentsmehrheit gewährleistete.

Diese Vierparteienkoalition wieder auf die Beine zu stellen, dürfte schon darum nicht leicht sein, weil die Republikaner grossenteils abgeneigt scheinen, an einer solchen Kombination teilzunehmen. Sie befürworten in erster Linie eine Dreiparteienregierung, bestehend aus Democrazia Cristiana, Sozialdemokratie und Republikanern, also unter Ausschluss der Liberalen. Eine solche Regierung besässe keine parlamentarische Mehrheit, wäre also auf die wohlwollende Unterstützung der Wenni-Sozialisten angewiesen. Angeblich soll auch Staatspräsident Gronchi einem solchen Experiment mit Sympathie gegenüberstehen, was dessen Verwirklichungschancen erheblich erhöhen würde.

Als Ministerpräsident käme sowohl für eine Vier-, wie auch für eine Dreiparteienregierung in erster Linie der bisherige Premier Segni in Frage, der sich das Vertrauen der Parteien der linken Mitte in hohem Masse erworben hat. Die dritte - und nach Ansicht vieler Beobachter wahrscheinlichste - Lösung wäre die einer rein christlich-demokratischen Minderheitsregierung, die die Aufgabe hätte, bis zu den im Frühjahr 1958 fälligen Parlamentsneuwahlen im Amt zu bleiben. Eine solche Minderheitsregierung müsste sich mehr oder minder zwangsläufig auf die Stimmen der Rechten (Monarchisten und Neufaschisten) stützen, um sich überhaupt halten zu können.

Dass einer solchen, stark nach rechts orientierten christlich-demokratischen Minderheitsregierung die Vorbereitung der Neuwahlen überlassen bleiben soll, dürfte gerade den Sozialdemokraten wenig zusagen. Wenn der Schritt Saragats dieses Ergebnis haben sollte, so könnte Saragat mit einer solchen Entwicklung auf dem nächsten Parteikongress nicht viel Start machen. Es wird sich somit erweisen müssen, ob der Entschluss Saragats, die Krise gerade im jetzigen Zeitpunkt auszulösen, nicht ein wenig übereilt gewesen ist und ob sich dieser Entschluss nicht auf dem hervorstehenden Parteikongress letzten Endes gegen, statt für ihn auswirken wird.

Der Kampf um den "Kuchen"

Von H.G.Ritzel, MdB.

Neben der bereits geschilderten Verwendung der Mittel aus dem Haushaltsplan 1957 kommen sehr erhebliche weitere Aufwendungen in Betracht, an denen praktisch die gesamte Bevölkerung der Bundesrepublik irgendwie interessiert ist, wobei allerdings die Verteilung im einzelnen nicht immer der Auffassung der Sozialdemokratischen Partei entspricht. Das ist ja überhaupt das Entscheidende in der ganzen Etatgebarung, dass grundlegende Unterschiede in den Partei-auffassungen bestehen sowohl in bezug auf die Einnahmen als auch hinsichtlich der Ausgaben. Es gibt etwa 10 kleine Steuerarten, die ohne Schwierigkeiten zugunsten der breiten Schichten unseres Volkes abgebaut werden könnten, wenn auf der anderen Seite die Finanz- und Steuerpolitik der Bundesregierung den wohlbegründeten Vorschlägen der sozialdemokratischen Opposition einigermaßen Rechnung tragen würde, was leider nicht geschieht. Allein das Verlangen der Sozialdemokratie auf Schaffung einer einheitlichen Finanzverwaltung im Bundesgebiet würde grosse Ausgabeersparnisse bringen und gegen gewisse Auswüchse auf dem Gebiete der Steuerbegünstigung einen Riegel vorschieben. Gewisse Erfahrungen des Rechnungsprüfungsausschusses des Deutschen Bundestages sprechen hier eine bittere Sprache.

Für das Land Berlin gibt der Bund in diesem Jahre einen Zuschuss von 650 Mio DM, ausserdem 200 Mio DM als Darlehen. Der Etat des Bundespräsidenten, der auch Aufwendungen enthält, die nicht zum eigentlichen Präsidialhaushalt gehören, weist eine Endsumme von rd. 1,2 Mio DM auf.

Irrige Meinungen

Der Deutsche Bundestag, der aus 497 Abgeordneten der Deutschen Bundesrepublik und 22 Abgeordneten des Landes Berlin besteht, kostet rd. 30 Mio DM. Es darf bei dieser Gelegenheit einmal darauf hingewiesen werden, dass die Meinung über eine angebliche Versorgung der Bundestagsabgeordneten und ihrer Hinterbliebenen irrig ist. Die zahlreichen Todesfälle unter Bundestagsabgeordneten haben wiederholt

wahre Tragödie entwickelt: Wenn ein Abgeordneter nichts hinterlässt, stehen seine Hinterbliebenen vor dem Nichts, aber auch wenn der Abgeordnete nicht mehr wiedergewählt wird, wartet seiner oft ein trostloses Dasein, denn seine frühere Existenz musste er preisgeben, weil ihn das Parlament hundertprozentig und noch darüber hinaus beanspruchte. Handelt es sich beispielsweise um einen Werkmeister, dann hat er seinen Arbeitsplatz verloren und kann ihn in der gleichen Weise nie wieder gewinnen, denn er hat den Anschluss an seine Spezialtätigkeit eingebüsst. Handelt es sich um einen Rechtsanwalt oder Arzt, dann geht die in der Regel gemachte Erfahrung dahin, dass er seine Klienten an einen Konkurrenten eingebüsst hat. Jedenfalls ist im Bundeshaushalt keinerlei Versorgung oder ein Anrecht auf irgendeine Versorgung eines Abgeordneten vorgesehen.

Der Haushalt des Bundeskanzlers

Die Etatdebatte vom 9. Mai 1957 brachte Auseinandersetzungen über den Haushalt des Bundeskanzlers. Der Bundeskanzler hat sich erneut mit Erfolg gegen den Antrag der Sozialdemokraten gewehrt, seine Geheimfonds einer parlamentarischen Kontrolle zu unterstellen. Die Methode, mit der Dr. Adenauer diesen Standpunkt verteidigte, gibt lediglich Veranlassung, dem Bedauern darüber Ausdruck zu verleihen, dass der Bundeskanzler auch bei dieser Gelegenheit der Deutschen Volksvertretung den Respekt versagte, auf den sie verfassungsmässig und nach ihrem politischen Gewicht einen Anspruch hat.

Zum Haushalt des Bundeskanzlers gehört der Bundesnachrichtendienst (Organisation Gehlen) und das Presse- und Informationsamt. Allein im Bundeskanzleramt sind 78 Planstellen für Beamte, 49 Angestellten- und 36 Arbeiterstellen vorhanden. Das Presse- und Informationsamt weist seinerseits 36 Beamtenstellen, 341 Angestellten- und 41 Arbeiterstellen auf. Der Bundesnachrichtendienst zählt 600 Planstellen, 820 Angestellten- und 50 Arbeiterstellen. Dieser Bundesnachrichtendienst kostet allein nahezu 50 Mio. DM.

Die Mittel des Auswärtigen Amtes

Der Gesamthaushalt des von Bundesausussenminister Dr. Heinrich von Brentano vertretenen Auswärtigen Amtes weist zunächst eine

Grössenordnung von 213,5 Mio. DM auf. aus diesen Beträgen werden 169 Vertretungen der Bundesrepublik im Ausland unterhalten, davon 51 Botschaften, 21 Gesandtschaften, 33 Generalkonsulate und 64 Konsulate. In der Haushaltsdebatte haben die Fragen der kulturellen Beziehungen der Bundesrepublik zum Ausland eine grosse Rolle gespielt. Für die Pflege der Beziehungen auf dem Gebiete des Kultur-, Schul- und Erziehungswesens gibt die Bundesrepublik 31 Mio DM aus, an Beiträgen zu internationalen Einrichtungen für Erziehungswissenschaften und Kultur leistet sie 1,8 Mio DM. Dem Internationalen Roten Kreuz werden zur Deckung der Ausgaben bei Betreuung deutscher Kriegsgefangener 1,2 Mio DM zur Verfügung gestellt. Die gleiche Summe steht für den Rechtsschutz der Deutschen im Ausland zur Verfügung. Der Bundesausserminister verfügt über einen Geheimfonds von 3 Mio DM ohne parlamentarische Kontrolle, 1,4 Mio DM werden für Wahlkonsulate verausgabt, 36 Mio DM für die Unterhaltung eines Hospitals in Korea, 1,6 Mio DM für den Europarat in Strassburg und 4 Mio DM werden dem zivilen Teil des Haushalts der NATO zugewiesen.

Für die Förderung entwicklungsfähiger Länder stellt die Bundesrepublik auch in diesem Jahr einen Betrag von 50 Mio DM zur Verfügung. Mit diesen 50 Mio DM, die erst im Laufe der Statberatung des Haushaltsausschusses bewilligt wurden, ist der Etat des Auswärtigen Amtes nicht mehr weit von 300 Mio DM Gesamtaufwendungen entfernt.

Hohe Kosten für Landwirtschaft

Einen Riesenhaushalt weist das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten auf. Hier kommen der Landwirtschaft rd. 2,4 Mrd. DM zugute, darunter Ausgaben für den Grünen Plan 1957 mit 891 Mio DM. Im Haushalt des Ernährungsministers stecken Positionen, die sich grundsätzlich zwar von selbst verstehen, aber sehr erhebliche Kosten verursachen, so für das Sanierungs- und Grenzlandprogramm, für Siedlung, Flurbereinigung, Aufstockung und Aussiedlung, Wirtschaftswegebau, Wasserversorgung, Elektrifizierung, Ausgaben für Landtechnik und landwirtschaftliches Bauwesen, für Wirtschaftsberatung Berufs- und Fachausbildung, für eine Roggenlieferprämie, für Subventionierung des Dieselmotorkraftstoffes, für Zinsverbilligungen und

vieles andere.

Dagegen tritt der Etat des Bundesministeriums für Wohnungsbau erheblich zurück. Hier ist nur eine Gesamtausgabe von 754 Mio DM vorgesehen. Ein sozialdemokratischer Antrag will unter Abbau der Rüstungsaufwendungen diesen Haushalt 500 Mio DM zur Förderung des sozialen Wohnungsbaues eingeräumt wissen.

In der Hand des Wählers

Besondere Bedeutung hat selbstverständlich auch das Bundesministerium für Wirtschaft, dessen Verwaltung 107 Mio DM an Ausgaben verursacht. Es würde den Rahmen dieses Artikels sprengen, wenn Probleme der Wirtschaftspolitik in diesem Zusammenhang aufgerollt würden. Grundsätzlich ist festzustellen, dass sich die Auffassung der Parteien zum Haushalt in sehr verschiedenen Bahnen bewegt. Durch die Vollbeschäftigung sind Steuererträge zustande gekommen, die eine gewaltige Ausgabewirtschaft mitverursachen. Dabei sind es aber zuletzt soziale Aufwendungen, die hier ins Gewicht fallen, denn beispielsweise würde die Rentenreform lange Zeit zurückgestellt und ist erst jetzt einigermaßen und nicht befriedigend gelöst worden, während die eigentliche Sozialreform noch auf eine Lösung harret. Die Leistungen für Kriegsoffer bedürfen einer neuen Aufbesserung, während der Haushalt des Verteidigungsministers in voller Blüte steht.

Eine grundsätzliche Wandlung der Ausgabenpolitik des Bundes kann nur durch eine grundsätzliche Wandlung der politischen Machtverhältnisse überhaupt herbeigeführt werden und diese Entscheidung liegt in der Hand des Wählers !

* * *

Unzureichende Förderung

U.D. - Die CDU-Mehrheit des Bundestages hat die 110 Millionen DM, die die SPD für ihren Studentenplan beantragt hatte, abgelehnt. Bewilligt wurde ein Viertel dieser Summe, nämlich 33 Millionen DM. Dieser Betrag ist ein Fortschritt gegenüber dem Ansatz für 1956, der nur 2,1 Millionen DM betrug. Es bedarf an dieser Stelle nicht der Erwähnung, in welchem hohem Maße dieser Fortschritt das Verdienst

der SPD ist, auch wenn es im Bundestag der Stimmen der Mehrheitspartei bedurfte, um wenigstens die 33 Millionen zu bewilligen. Noch im vorigen Jahr lehnte die CDU den von der SPD bei der Haushaltsdebatte gestellten Antrag ab, wenigstens die Mittel für die Studienstiftung des deutschen Volkes um 3,9 Mio DM zu erhöhen, um die Zahl der Stipendien für Hochbegabte zu verdoppeln. Nachdem die SPD als erste deutsche Partei das Bildungsproblem zu einem zentralen Thema ihres Parteitages in München machte, sich dann ihre Landtags- und Bundestagsabgeordneten im Dezember in Düsseldorf auf eine gemeinsame Marschroute einigten und die Öffentlichkeit in immer stärkerem Maße an dieser kulturpolitischen Offensive teilnahm, konnte die CDU schlecht weiterhin die kalte Schulter zeigen.

Aber der jetzt bewilligte Betrag wird höchstens einem Viertel der sich ihr Studium durch Berufstätigkeit verdienenden Studenten Berieselung bringen. Mehr noch: er kommt nur den Studenten in den Anfangssemestern zugute. Gerade diejenigen, die ein Stipendium am nötigsten brauchen, weil sie neben der Vorbereitung für ihr Examen keine Zeit zu einer Berufsaufgabe finden, gehen leer aus. Die Redner der CDU haben das in der Bundestagsdebatte bestritten. Der Studentenreferent des Bundesinnenministeriums, Dr. Scheidemann, der das Geld verteilen wird, hat dagegen eine Woche vor dieser Debatte auf der Mitgliederversammlung des Verbandes Deutscher Studentenschaften festgestellt, dass mit diesem Betrag lediglich den Anfangssemestern geholfen werden soll. Einen entgegengesetzten Beschluss hat der Bundestag nicht gefasst, also wird so verfahren werden.

Welche Beunruhigung diese unsoziale Massnahme in die Studentenschaft bringen wird, ist schon heute leicht zu übersehen. Im Effekt wird auch der CDU nichts anderes übrig bleiben, als die Mittel im nächsten Jahr zu erhöhen. Vernünftiger wäre es freilich gewesen, schon jetzt dem Antrag der SPD zuzustimmen, als Jahr für Jahr hinterherzuhinken.

Die Studenten an den Ingenieurschulen gehen ebenso leer aus wie die an den Kunst- und Pädagogischen Hochschulen, obwohl gerade bei Ingenieuren und Lehrern der Nachwuchsmangel am grössten ist. Ob der dringend benötigte Nachwuchs es durch seine meist studienfremde

Werkarbeit zu besonders guten Leistungen auf seinem Fachgebiet bringen wird, darf bezweifelt werden.

Der Bundesinnenminister hat gegen ein "Jedermann-Programm" für Studenten gewettert - sein Kollege Erhard propagiert zur gleichen Zeit "Jedermann-Einführen" und "Wohlstand für alle" - und seine Mitstreiter im Parlament haben befürchtet, dass demnächst auch andere Berufsgruppen eine Vergütung während der Ausbildung haben wollen. Auch hier ist diese Art der Argumentation abwegig. Jeder Lehrling, und wenn er 14 Jahre alt ist, bekommt eine Lehrlingsvergütung, jeder Dienstwärter in der öffentlichen Verwaltung bekommt Geld vom Staat, auch wenn seine Arbeitsleistung noch so gering, die Ausbildungskosten noch so hoch sind. Jene haben zudem den Vorteil, im Elternhaus wohnen zu können, was nur die wenigsten Studenten können. Für die Studenten soll also nicht ein Sonderrecht geschaffen werden, aber sie sollen wenigstens so gestellt werden, wie andere Berufsgruppen seit langem.

* * *

Streiflichter

ler - Ein Vorzug vieler angelsächsischer Generale ist ihre Offenherzigkeit. Ein Satz wie dieser: Die NATO sei bereit, im Falle eines sowjetischen Angriffes in Europa, "wenn es nötig sein sollte", zuerst Atomwaffen einzusetzen, auch wenn die Gegenseite davon keinen Gebrauch machen würde, lässt keine verschiedene Ausdeutung zu. Er steht in seiner ganzen Schrecklichkeit da. Gesprochen hat ihn in einem für die amerikanische Öffentlichkeit bestimmten Fernsehinterview der Oberbefehlshaber der NATO, General Lauris Norstad. Vor einem solchen düsteren Hintergrund muss man die grosse Atomdebatte im Bundestag sehen. Die Bemerkung Norstads lässt freilich offen, welche Stelle über den Atomwaffenabwurf zu entscheiden hat. Kann es nicht auch so sein, dass irgendein General, in Verkennung der Lage, die Nerven verliert und damit die Tragödie eines dritten Weltkrieges auslöst? Denn Norstad räumte auf eine weitere Frage ein, ein Atombombeneinsatz auf westlicher Seite würde zu einem atomaren Gegenschlag der östlichen Seite führen. Was es dann überhaupt noch zu verteidigen gäbe, das sagte Norstad allerdings nicht...

*

Die Proteste aus der ganzen Welt gegen die Fortsetzung der Versuche mit H- und Atombomben haben Lord Cherwell, einst langjähriger

wissenschaftlicher Berater Churchills, missfallen. Ärgerlich tat er auf eine entsprechende Anfrage im Oberhaus die Argumente gegen die Atomversuche als "dumm und kaum überzeugend" ab, dass sie eine Gefahr für die Gesundheit der Menschheit darstellten, sei "ein vollständiger Unsinn". Die Sache werde besonders anstößig, seitdem mehrere in der ganzen Welt geachtete Persönlichkeiten, wie der Papst und Albert Schweitzer, sich zu Verstößen in dieser Frage überreden liessen. Es sei schwer zu begreifen, wieso sie sich gestatten können, "sich von der unrichtigen Propaganda der Freunde Russlands überlisten zu lassen".

Der Papst in einer Front mit den Freunden Russlands! So in der Sicht eines ehrenwerten britischen Lords... Auch das gehört zum Bild einer Zeit, in der Verblendung, Kurzsichtigkeit und Propaganda das Denken massgebender, an den Schalthebeln der Macht stehender Männer beeinflussen.

*

Mit einer Garantieerklärung für die Sicherheit der DDR und die Unantastbarkeit der Westgrenzen Polens und der Tschechoslowakei beendeten die Parlamentsdelegationen dieser drei Länder ihre dreitägige Konferenz in Potsdam. In den Beziehungen zwischen diesen drei Ländern stand es seit den Tagen der polnischen Oktoberrevolution nicht gerade zum Besten, Pankow und Prag beobachteten mit Argwohn Warschau, das sich anschickte, den russischen Griff über sein Land zu lockern. Aber wenn etwas den Weg zur Freiheit und Unabhängigkeit wieder mit Bergen von Schwierigkeiten beschweren kann, dann ist es die Furcht vor der atomaren Aufrüstung der Bundeswehr. Sie ist die Klammer, die Polen, wenn auch widerstrebend, an den Moskauer Wagen bindet. Diese Seite der atomaren Aufrüstung unserer Bundeswehr, auf die die Bundesregierung nicht verzichten will, spielt in den politischen und militärischen Überlegungen Bonns kaum, wenn überhaupt eine Rolle. Im Effekt trägt sie zur Steigerung des gegenseitigen Abhängigkeitsverhältnisses dieser drei Länder bei, verstärkt den sowjetrussischen Einfluss, gibt Moskau die willkommene Gelegenheit, sich bei Polen und Tschechen als Vorkämpfer gegen den "westdeutschen Militarismus" aufzuspielen.

*

Auch das gehört zum Bild unserer Zeit: Ein hoher katholischer Kirchenfürst, der Kölner Kardinal Frings, hält sich gegenwärtig in Japan auf, jenem Land, auf das die ersten Atombomben fielen. Viele Kinder von Hiroshima und Nagasaki tragen auf ihren Körpern die Wundmale dieser Flammenblitze, sie sind für ihr Leben gezeichnet. In Tokio hat nun Kardinal Frings erklärt, die katholische Kirche trete vorläufig nicht für eine Achtung oder das Verbot von Kernwaffenversuchen ein. Warum eigentlich nicht? Ist es nicht des Schweisses aller Edlen wert, dem Wahnsinn und der Selbstzerstörung Einhalt zu bieten, solange noch Zeit ist?

* * *

Verantwortlich: Günter Markscheffel